

DIE MOORLEICHEN DES NEUEN EU-VERTRAGS

7000 neue EU-Außenpolitiker

Der EU-Vertrag von Lissabon: Großmachtpolitik statt regionale Entwicklung. Bevorzugung der großen Konzerne vor den Bedürfnissen der Menschen. Entdemokratisierung und Überwachungsstaat. Jetzt kommen weitere Nachteile des Vertrags ans Licht: Bis zu 7000 neue Beamte wird das EU-Außenamt auf Kosten der Regionalförderung beschäftigen.

Der neue EU-Vertrag ist in Kraft. Die Feiern sind vorbei. Jetzt kommt ans Tageslicht, dass die Argumente der Vertrags-Gegner stichhaltig waren. Statt weniger Bürokratie gibt es mehr EU-Beamte, statt Friedenspolitik gibt es gebündelte Aufrüstung.

7000 neue Beamte

Beispiel: Der Europäische Außenpolitische Dienst (EAD). Etwa 7.000 neue EU-Beamte sollen als „europäische Diplomaten“ über den Diplomaten der Mitgliedsstaaten thronen. „Dieser Dienst ist eine der Moorleichen des Vertrags von Lissabon, die jetzt auftauchen, nachdem sie, solange das Ratifizierungsverfahren noch lief, jahrelang friedlich im EU-Sumpf schlummerten“, sagt der deutsche Autor Martin Hantke von der Informati-

onsstelle Militarisierung zu diesem Thema.

Teuer und gefährlich

Dieser Dienst geht ins Geld. Deshalb plant man Umschichtungen beim EU-Budget: Mehr Geld für die EU-Diplomaten auf Kosten der Regionalförderung und der Subventionen für die Landwirtschaft. Beide Kürzungen könnten unser Land empfindlich treffen. Noch mehr Steuergeld als bisher wird für die EU-Bürokratie aufgewendet.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist für ein neutrales Land wie Österreich noch gefährlicher. Die EU-Diplomaten sollen nämlich traditionelle Außenpolitik und die EU-Militärpolitik zusammenführen und künftige Militäreinsätze planen. Dabei gibt es keine Kontrolle durch das EU-Parlament. Wo es um Krieg und Frieden geht, hat es nichts mitzureden.

Alle operativen militärischen und zivilmilitärischen

Strukturen sollen Teil des Europäischen Außenpolitischen Dienstes (EAD) und so dem Hohen Vertreter unterstellt werden. So wird der zuvor beim Rat ansässige EU-Militärstab ebenso in den EAD integriert, wie das Situation Centre (SitCen), die Nachrichtensammelstelle der EU. Vor allem aber sollen die gleichsam bisher im Rat angesiedelten Generaldirektionen E-VIII, zuständig für die militärischstrategische Einsatzplanung, und Abteilung E-IX (zivile Einsatzplanung) im EAD aufgehen.

Wo bleibt Neutralität?

Zivile und militärische Aspekte der EU-Politik werden so institutionell verzahnt und verwischen damit bis zur Unkenntlichkeit. Es geht um imperiale Machtpolitik aus einem Guss. Es geht um Gewaltverschmelzung zugunsten der internationalen Durchsetzung von Kapitalinteressen der drei großen EU-Mitgliedstaaten

SPITZENGAGEN

Sie sind fast unbekannt, aber mächtig: Die neuen Spitzenleute der EU Van Rompuy und Lady Ashton. Und sie kassieren: Pro Jahr erhalten sie mehr als 300.000 Euro aus unseren Steuergeldern. Sie selbst zahlen dafür fast keine Steuern.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Keiner weiß genau, wie hoch die Rechnung ist. Allein es ist schon klar, wer die Zeche dafür bezahlen wird. In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs heißt es dazu: „Wir erkennen an, dass der GASP-Haushalt (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) den Erfordernissen unserer Politik und den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen angemessen sein sollte.“

Die Aufrüstungsverpflichtung des EU-Vertrages wird damit ganz konkret umgesetzt. Und Kanzler Faymann hat dazu „Ja“ gesagt. In Österreich hat man bisher geleugnet, dass diese Verpflichtung existiert und behauptet, dass sich unser Land heraushalten könnte.

Die neuen EU-Diplomaten sind nicht Leute vom Schlag eines Graf Bobby, sondern beinharte Interessensvertreter der Konzerne.